Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 79 — Mittwoch, den 6. April 1921 — 49. Jahrgang

Entspannung der politischen Lage.

(TU) Die Veröffentlichung der amerikanischen Note hat eine gewisse Entspannung der politischen Lage gebracht, doch scheint in verschiedenen Kreisen der Vorwurf bestehen, daß die deutsche Regierung auch dieses Mal wieder die deutsche Oeffentlichkeit viel zu spät über die Vorgänge unterrichtet habe. Die Regierung macht indessen geltend, daß die Vorgänge nicht gerechtfertigt seien, weil die deutsche Verständigung an Amerika von vornherein gar nicht zur Veröffentlichung bestimmt gewesen sei. Auf der andern Seite mußte erwartet werden, daß selbst, wenn die Note nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt war, sie von seiten des Auslandes sofort der Oeffentlichkeit übergeben werden würde. Es war viel namentlich deshalb als sicher anzunehmen, weil der Wortlaut der Note nicht nur den amerikanischen Geschäftsträgern, sondern auch den übrigen Ententemissionen zur Kenntnis gebracht worden ist, und das gute Einvernehmen der alliierten Missionen mit den Pressevertretern der großen englischen und französischen Zeitungen hat denn auch dazu geführt, daß die Nachrichten über die Note sofort in der gesamten ausländischen Presse erschienen. Bemerkt wird in der deutschen Note besonders der Punkt über die französische Wiederaufbaufrage. Andererseits zeigt die Wiederaufrollung der Schuldfrage von amerikanischer Seite, daß das Gesamtproblem ohne ein Eingehen auf das Kernproblem nicht gelöst oder auch nur gefördert werden kann.

Amerika für Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland.

(TU) Gelegentlich eines Festessens, das im Hause des Senators Mac Cormick zu Ehren Vivianis stattfand, wurde diesem offiziell mitgeteilt, daß die Regierung durch einen Kongreßbeschluß den noch bestehenden Kriegszustand mit Deutschland zu beendigen beabsichtige. Man gab Viviani gleichzeitig zu verstehen, daß es zwecklos sei, Amerikas Eintritt in den Völkerbund überhaupt zu diskutieren, da die Regierung der Verein. Staaten nicht beabsichtige, Mitglied des Völkerbundes zu werden. Schließlich teilten die Anwesenden, unter denen sich fast alle Mitglieder des politischen Ausschusses des Senats befanden, Viviani die bekannte Tatsache mit, daß seitens der Regierung nicht beabsichtigt sei, Deutschland irgendwie zu Hilfe zu kommen, namentlich hinsichtlich der Friedensverpflichtungen und der Kriegsentschädigung.

Harding hat zugestanden, daß die sogenannte Knox'sche Resolution erneut eingereicht wird. Die Resolution bezweckt, zu einem Sonderfrieden zwischen Deutschland und den Verein. Staaten zu kommen. Sie soll eingereicht werden, sobald der Kongreß in der nächsten Woche zusammentritt. Es ist noch nicht bestimmt, wann die Abstimmung stattfindet.

Frankreich droht Deutschland mit einem Ultimatum.

(TU) Der Berichterstatter des Blattes „Le Jour" drahtet wie folgt: Sobald feststeht, daß Deutschland beschlossen, nicht zu zahlen, hat die französische Regierung die Absicht, selbst zu fordern und die französische Regierung wünscht herzlich, mit den Alliierten einig zu gehen. Aber die Lebensinteressen Frankreichs stehen auf dem Spiel, und es darf nicht länger gewartet werden. Daher wird die französische Regierung an Deutschland eine letzte Aufforderung senden und zwar nicht in Form einer diplomatischen Note, sondern in Form eines Ultimatums. Deutschland soll ein sehr kurzer Zeitraum gelassen werden, um die völlige Durchführung der Bestimmungen des Versailler Vertrages anzunehmen. Lautet die deutsche Antwort ablehnend, so würde die französische Regierung bei ihren Bundesgenossen nachfragen, wer sich ihr anschließe, um mit bewaffneter Hand die wirkliche Durchführung des Versailler Vertrages zu verbürgen. Wenn die Einigkeit gewahrt bliebe, so würde sich die französische Regierung freuen. Trifft das nicht zu, so würde sich die französische Regierung genötigt sehen, allein zu handeln und Deutschland mitteilen, daß Frankreich von diesem Tage an seine eigenen Bedingungen stellt und sich, falls nötig, sofort auf eigene Faust Bürgschaft verschaffen wird, die es für eine schnelle Abrechnung für notwendig hält.

Briand kündigt Zwangsmaßnahmen an.

In der gestrigen Nachmittagssitzung der französischen Kammer wurde das Budget für auswärtige Angelegenheiten beraten. Nachdem verschiedene Abgeordnete sich zu den schwebenden Fragen geäußert hatten, ergriff Ministerpräsident Briand das Wort. Das Problem, das erwartet werde, sei das der Lage Frankreichs gegenüber Deutschland. Wenn Frankreichs finanzielle Situation ernst sei, so sei das eine Folge des paradoxen Zustandes der siegreichen Nation, die durch den schlechten Willen ihres Schuldners gezwungen sei, die Lasten aufzubringen, die diesem zufielen. Der Vertrag von Versailles existiere für die Ausführung, aber die drei Hauptmächte müßten sich verständigen. Wenn die Verständigung nicht gelinge, so könne der Vertrag nicht in Kraft treten. Die Politik Frankreichs müsse eine Politik sein, die nicht hinter der der anderen herlaufe. Frankreich habe sein Wort gegeben und seine Unterschrift und müsse sie halten. Die Politik, die er betreibe, sei die beste. Frankreich müsse die Möglichkeit haben, zu verlangen, daß die anderen ihm gegenüber ihr Wort halten, wie Frankreich es ihnen gegenüber tut. Welches sei die Lage nach dem Bruch von Londons? In Spaa und in Paris habe man ein Abkommen getroffen. Da dieses zurückgewiesen sei, bestehe nur noch der Vertrag von Versailles. Danach sei es aber so, daß die Reparationskommission wieder Deutschland die Zahlung nehmen habe, die es entrichten müsse. Briand sprach dann von den Sanktionen. Der Zolltarif am Rhein sei demnächst aufgestellt. Die neuen militärischen Stellungen gestatten die Kontrolle über die Kohlenausfuhr aus dem Ruhrgebiet. Der Gläubiger habe das Recht, Zwangsmaßnahmen durchzuführen, Deutschland habe sich des Vertrages bedient, um die Alliierten zu verhindern, vor dem 1. 5. zu verhandeln. Wenn dieser Verfalltag verstrichen sei, kehre man auf den gemeinen Recht zurück. Er werde sein Ziel nicht aus den Augen verlieren. Wenn Deutschland versuche, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, dann werde eine starke Hand auf Deutschland niederfallen. Alles, was Deutschland besitze, garantiere die Schuld. Sollen etwa diejenigen, die Frankreich Geld geliehen haben, damit es sich verteidigen konnte, nicht bezahlt werden, während diejenigen, die Deutschland Geld gegeben hätten, bezahlt werden würden. Man werde Zwang anwenden, von dem auch die deutschen Großindustriellen nicht ausgeschlossen werden würden. Ein Teil des deutschen Bodenreichtums werde herangezogen werden. Der entscheidende Augenblick nahe heran, in dem Frankreich im Einverständnis mit seinen Verbündeten entschlossen sei, das letzte Wort zu haben. Die Zwangsmaßnahmen seien mit Maß ausgeführt, aber mit der Sicherheit, die das gute Recht und das Vertrauen in die Zukunft geben. Er beklage das deutsche Volk. Es werde aber in kurzem erfahren, daß das Recht auf der Seite der Alliierten sei und daß man entschlossen sei, zu seinen Forderungen zu gelangen, wenn nötig mit Gewalt.

Eine Entente-Note über die bayrischen Einwohnerwehren.

(TU) „Echo de Paris" meldet: Die Botschafterkonferenz ist übereingekommen, daß die Gefahr kommunistischer Bewegungen in Bayern nicht größer sei als in irgend einer anderen deutschen Gegend, und daß Bayern daher kein Recht habe, entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages zu handeln und sich der Entwaffnung der Einwohnerwehren zu widersetzen. Die Alliierten haben in dieser Angelegenheit eine besondere Note nach Berlin gerichtet, eine direkte Auseinandersetzung mit München aber abgelehnt.

Ueber die Note der Reichsregierung vom 23. März hat der bayrische Ministerrat in seiner gestrigen Sitzung beraten. In ihrer Antwort schlägt die bayrische Regierung der Reichsregierung vor, bei gegebenem Anlaß mit der Entente in neue Verhandlungen über die Entwaffnung der Einwohnerwehr einzutreten.

Die Aufruhrbewegung vor dem Ende.

Die Meldestelle des Oberpräsidenten in Magdeburg teilt mit: Aus der ganzen Provinz sind keine beunruhigenden Nachrichten eingetroffen, die Streiks dauern fort. Versprengte Aufrührer werden immer noch festgenommen. Die Ausnahmegerichte haben ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Zurückziehung der Reichswehr in ihre Garnisonen hat begonnen. Die Verluste der Schutzpolizei während der Aufruhrbewegung sind folgende: 33 Tote, 57 Verwundete, ein Vermißter.

Die landwirtschaftlichen Korporationen und die Bauerschaft der Provinz Sachsen haben an den Oberpräsidenten Hörsing ein Telegramm gerichtet, in dem erklärt wird, daß die Provinz Sachsen noch keineswegs von Banden gesäubert sei und daß die Bauern Selbstschutzorganisationen bilden werden, wenn nicht Reichswehr eingesetzt wird. Nach einer weiteren Meldung sind gestern in Bitterfeld neue Verhaftungen von Kommunisten erfolgt. Mehrere Verhaftete hatten große Geldmittel bei sich, die sie von Hölz erhalten haben wollen. In Naumburg fand man auf den Eisenbahnschienen ein Paket mit Sprengstoffen, auch bei Artern wurde ein Paket mit Dynamitpatronen und einer Zündschnur gefunden, das die Bahnverbindung nach Naumburg zerstören sollte.

Arbeitswiederaufnahme im Mansfelder Gebiet.

(TU) Bei den Verhandlungen zwischen der Bergwerkshauptdirektion der Mansfelder Gewerkschaft und den Vertretern der Bergarbeiterverbände teilte die Generaldirektion mit, daß die Wiederaufnahme der Arbeit auf den Schächten und Hütten sich nicht von heute auf morgen ermöglichen lasse. Bei der Arbeitswiederaufnahme würden in erster Linie Familienväter berücksichtigt werden. Der größte Teil des bei den Attentaten, so auch bei der geplanten Sprengung der Berliner Siegessäule verwendeten Dynamits stammt aus den Betrieben der Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft. Die Behörde verlangt von der Gewerkschaft Sicherheiten, daß die Sprengstoffe nicht in die Hand von Verbrechern fallen können. Wenn sich derartige Diebstähle, wie in letzter Zeit, wiederholen würden, so würde das gesamte Werk unwiderruflich geschlossen werden.

Die kommunistische Bewegung in Ostpreußen.

(TU) Bei einem kommunistischen Führer des Kreises Labiau ist ein Notizbuch mit wichtigen Aufzeichnungen über kommunistisch-militärische Organisationen gefunden worden. Auf der Kreiskarte des Kreises Labiau ist mit Rotstift der Bezirk bezeichnet, der diesem kommunistischen Führer unterstellt war. Durch rote Linien ist die Marschrichtung auf der Karte eingetragen. Mit Bleistift sind die Punkte auf der Karte bezeichnet, wo Truppen aufgestellt werden sollten. Das Notizbuch enthält aber noch weitere wichtige Aufzeichnungen.

Im Kreise Labiau sind auf mehreren Gütern Teilstreiks ausgebrochen, die auf die Hetze der Kommunisten zurückzuführen sind. Die jüngeren Arbeiter fahren auf Rädern, geschmückt mit roten Bändern, im Kreise umher und versuchen ihre Kollegen zur Arbeitsniederlegung aufzuhetzen. Für die Ackerbestellung ist der Streik von großem Nachteil, da gerade jetzt die Aussaat beginnt. Man vermutet, daß der Streik noch größere Ausdehnung annimmt.

500 Angeklagte und 3642 Verhaftete.

(TU) Im Schwurgerichtssaal des Berliner Kriminalgerichtes trat gestern morgen das außerordentliche Gericht zusammen, das aus Anlaß der letzten Kommunistenunruhen für den Bezirk Berlin eingesetzt worden war. Vor ihm werden sich diejenigen, die unter dem Verdacht eines kommunistischen Verbrechens festgenommen worden sind, zu verantworten haben, u. a. auch die an dem Attentat auf die Siegessäule beteiligten Personen. Es sollen sich insgesamt 500 Angeklagte zu verantworten haben. Die Dauer der Verhandlungen wird diese ganze Woche in Anspruch nehmen. Der Vorsitzende ist Landgerichtsrat Braun.

Nach den an amtlicher Stelle eingelaufenen Meldungen sind bei der Aufstandsaktion in den kommunistischen Aufstandsgebieten bis jetzt 3642 Aufrührer als Gefangene eingebracht worden. Die meisten davon sind in den Leunawerken untergebracht.

Die Regierungsbildung in einem kritischen Stadium.

In der Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die sich gestern mit der preußischen Regierungsfrage beschäftigte, wurde laut „Vorwärts" einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß die bisher geführten interfraktionellen Besprechungen keine neuen Tatsachen ergeben hätten, von dem früher gefaßten Beschluß der Fraktion, nicht mit der Volkspartei in die Regierung zu gehen, abzuweichen. Da Zentrum und Demokraten an ihrem Standpunkt festhalten und da weiter die Demokraten den Vorschlag der Deutschen Volkspartei, die Parteigruppierung im Reiche in Preußen zu versuchen, entschieden ablehnen, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die ganzen Verhandlungen in ein äußerst kritisches Stadium geraten werden.

Verkehrsverteuerung.

(WB) Am 1. April trat die Erhöhung der Portosätze in Kraft. Die des Personenverkehrs auf den Eisenbahnen wird am 1. Juni folgen. Gewiß, jede Erhöhung wird von der Wirtschaft als Last empfunden. Es ist aber nicht angängig, zum Vergleich die Sätze der Vorkriegszeit heranzuziehen. Wir müssen uns erinnern, daß inzwischen der Geldwert ins Bodenlose gesunken ist, daß gewaltige Einkommensverschiebungen eingetreten sind, die auch die Kaufkraft der einzelnen Schichten der Bevölkerung beeinflußt haben. Allgemein rechnen wir, daß die Kaufkraft der Goldmark nur noch 10 Pfennig in Papier beträgt. So angesehen, gewinnt die Verkehrsteuerung ein anderes Gesicht. Post und Eisenbahnen decken durch die Einnahme nicht mehr die Betriebskosten. Das ist auch unmöglich, wenn auf der einen Seite die Ausgaben in Papiermark entsprechend der Geldentwertung steigen, auf der anderen Seite aber die Einnahmen sich noch an den Geldwert der Vorkriegszeit klammern. Rein rechnerisch müßte also die Verkehrsteuerung sich der Geldentwertung anpassen, also das Zehnfache betragen. Allerdings würde sich der Fehlbetrag der Verkehrsanstalten dadurch nicht beseitigen lassen. Der Erfolg wäre vielmehr der, daß der Verkehr zurückginge, weil die hohen Kosten von der Masse nicht getragen werden könnten. Das ist ein Beweis von der Verarmung unseres Volkes, an die wir wegen der Papiergeldüberflutung noch immer nicht so recht glauben. Trotzdem der Eisenbahnverkehr sich gebessert hat, monatlich neue Züge eingelegt werden, sind die Abteile nicht so belegt und besetzt wie in der Vorkriegszeit. Das Problem ist aber nicht einfach so zu lösen, daß wir uns mit der Verteuerung als Folge der Geldentwertung schlechthin abfinden. Unser Sinnen und Trachten richtet sich doch darauf, den Geldwert wieder zu heben, oder, um es volkstümlich zu sagen, die Preise abzubauen. Zwangsmittel taugen dazu nicht. Vom grünen Tisch läßt sich der Preisabbau nicht durchführen. Hebung des Geldwertes, also Abbau der Preise ist nur zu erreichen, wenn die Erzeugung von Waren steigt, wenn mehr Arbeit geleistet wird. Alsdann ist es auch möglich, die Verkehrskosten und die Verkehrsgebühren abzubauen. Unsere Wirtschaft wird aber jedenfalls auf Jahre hinaus noch starken Schwankungen ausgesetzt bleiben.

Abreise Exkaiser Karls.

(TU) Exkaiser Karl hat gestern vormittag 10,30 Uhr Semmanger verlassen und durch das österreichische Gebiet die Rückfahrt nach der Schweiz angetreten. Der Zug wurde entsprechend einem im Ministerrat in Wien gefaßten Beschluß von Vertrauensleuten der Sozialdemokraten und der Christlich-Sozialen begleitet. Der ungarische Minister des Aeußern, Graetz, der sich während dieser Tage in Stemamanger aufhielt, ist zurückgetreten.

Bei der Abreise Kaiser Karls hatte sich auf dem Bahnhof Stemamanger eine große Menge monarchistisch Gesinnter eingefunden. Auch ein Sängerchor war erschienen, der die ungarische Nationalhymne anstimmte, die auch der Exkaiser mitsang. Als der Exkaiser den Wagen bestiegen hatte, rief er der Menge zu: „Ich werde wiederkommen! Auf Wiedersehen!" Die Uebernahme des Sonderzuges an der österreichischen Grenze erfolgte um 4 Uhr nachmittags in Fehring. Hier wurde die österreichische Zuggarnitur angekoppelt, auf der sich die österreichischen Begleitorgane befanden. Einige Ungarn brachten Eljen-Rufe aus, die von österreichischer Seite mit Pfuirufen beantwortet wurden. Die Weiterfahrt ging glatt vor sich.

Die durch ihre amtliche Verräterpolitik genügend bekannte Exkaiserin Zita drängt sich auch weiter in den Vordergrund. Wie der „Matin" aus Genf mitteilt, erklärte sie, daß sie allein für das Unternehmen ihres Mannes verantwortlich sei, sie habe ihren Gemahl dazu aufgemuntert.

Aus Angst vor den Unterröcken.

Der Wiener Mitarbeiter des „Daily Herald" erklärt, Kaiser Karl habe deshalb seine Abreise aus Ungarn verzögert, weil er Angst vor den Vorwürfen seiner Frau und seiner Schwiegermutter habe.

Das Ringen bei Eskischehir

dauert an. Die griechischen Truppen sind in die Defensive gedrängt und haben an Boden verloren. Nach griechischen Berichten sollen die griechischen Soldaten sehr ermüdet und moralisch erschüttert sein. Zahlreiche Deserteure und Verwundete strömen nach Brussa, wo Verstärkungen erwartet werden. Nach den letzten Berichten ist die Nordgruppe der griechischen Armee in voller Auflösung. Die türkische Armee, die Beledschik besetzt hat, nützt ihren Vorsprung nicht aus. — Obwohl die Möglichkeit eines griechischen Vormarsches nach Angora nicht besteht, wurden Vorbereitungen zur Verteidigung der Stadt getroffen. Die natürlichen Hindernisse auf der Eisenbahnstrecke Eskischehir-Angora wurden verstärkt und Zoegad- und Kastambul als Verteidigungsplätze eingerichtet. Außerdem haben die Kemalisten eine große Verteidigungslinie Koma-Cäsaräa errichtet, wo die Streitkräfte Ciliziens und die aus verschiedenen Gegenden Kleinasiens und dem Kaukasus ankommenden Kräfte konzentriert werden.

Anarchistisches Komplott gegen die spanische Königsfamilie.

(TU) Der Pariser „Matin" meldet aus Madrid: Die Polizei hat umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen in der Gegend des königlichen Palastes und in der unmittelbaren Umgebung des Königs getroffen, da man ein anarchistisches Komplott gegen die spanische Königsfamilie entdeckt habe. Die Fäden des Komplotts ziehen sich bis Barcelona und Sevilla, wo in der Osterwoche mehr als 30 Verhaftungen von Anarchisten erfolgt sind.

Der spanische Kriegsminister hat der Kammer einen Gesetzentwurf zugehen lassen, durch den das Kontingent der Truppen zu Wasser und zu Lande auf 198 725 Mann festgesetzt wird.

Die englischen Eisenbahner für einen Sympathiestreik.

(TU) „Daily Herald" berichtet, daß 98 Prozent der Eisenbahner sich bei der Abstimmung für den Streik ausgesprochen haben.

„Times" meldet, daß es in den schottischen Grubenbezirken erneut zu Zusammenstößen zwischen streikenden Bergarbeitern und Arbeitswilligen gekommen sei, bei denen Betriebseinrichtungen zerstört und Polizisten und andere Personen verwundet worden seien. Demselben Blatt zufolge ist für Heer und Flotte Urlaubssperre verhängt worden. Abwesende Heeresangehörige sind zu ihren Einheiten zurückgerufen worden. „Evening News" meldet, daß Lloyd George von allen seinen Freunden gedrängt werde, Neuwahlen zu veranstalten unter der Begründung, daß die Bergarbeiter das Schicksal des Landes in seine Hände gelegt hätten.

Die Konferenz, die über die Haltung der Transportarbeiter im Bergarbeiterstreik entscheiden sollte, hat sich, ohne Beschluß zu fassen, auf heute vertagt.

Tagesereignisse.

— **Der Provinziallandtag der Provinz Niederschlesien** wählte zu seinem Vorsitzenden den Landrat Seibold (Soz.) mit 55 gegen 52 Stimmen, die auf den Landrat a. D. von Goßler fielen, 2 Stimmen waren ungültig. Auf Antrag des Freiherrn von Richthofen (D.-N.) wurde wegen Verletzung der Geschäftsordnung die Wahl angefochten und für ungültig erklärt. Eine bald darauf erneut vorgenommene Wahl hatte folgendes Ergebnis: Es wurden abgegeben 107 Stimmen. Davon entfielen auf Landrat Seibold (Soz.) 54, auf von Goßler (D.-N.) 53 Stimmen. Der Provinziallandtag für Oberschlesien wählte zu seinem Vorsitzenden durch Zuruf den Herzog von Ratibor. Der gemeinsame Provinziallandtag für die Provinz Schlesien wählte zu seinem Vorsitzenden den Landrat a. D. von Goßler (D.-N.) mit 68 Stimmen gegen 51 Stimmen, die auf Landrat Seibold entfielen.

— **Der Bundesminister Dr. Glanz** in Wien beabsichtigt wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Zivilkommissar Dr. Deutsch sein Rücktrittsgesuch einzureichen. Wie die Voss. Ztg. meldet, ist das Rücktrittsgesuch darauf zurückzuführen, daß Bundeskanzler Mayr die von der sozialistischen Parteien an die Rückreise des Exkaisers Karl geknüpften Bedingungen angenommen habe. Glanz wollte nicht billigen, daß auf dem Rückwege der Zug Karls von sozialistischen Abgeordneten und Volksvertretern begleitet werden.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 6. April. **(Verschiedenes.)** In der 11. Jahreswoche vom 6. bis 12. März sind im Landkreise Hamm folgende Fälle von übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Diphtherie 1 (Unna); Todesfälle durch Tuberkulose 2 (je 1 Werries, Altenbögge). — Im ganzen Regierungsbezirk Arnsberg betrug die Zahl der Krankheitsfälle (Todesfälle eingeklammert) bei Diphtherie 49 (4), Genickstarre 5 (5), Kindbettfieber 14 (5), Körnerkrankheit 4, Tuberkulose (61), Ruhr 6, Scharlach 25, Unterleibstyphus 34 (3), Paratyphus 1, Grippe 26 (13), Schlafkrankheit 6 (3).

(Presbyter-Wahl.) Am Sonntag wurden in das Presbyterium der hiesigen evgl. Gemeinde folgende Herren wieder- bezw. neugewählt: Direktor Dr. Everlien, Fabrikant Ludw. v. d. Heide, Lehrer a. D. Wilhelm Tünnemann, Betriebsführer Fritz Berger, Kaufmann H. P. Thiel, Gerichtsvollzieher Wilh. Falley, Kaufmann Hugo Müller, Kaufmann Heinrich Frieling, Bergmann Fritz Sauerland, Landwirt Wilh. Lippmann, Oberberge, und Landwirt Karl Linkamp, Bergkamen.

Nach einem bekanntgewordenen Erlaß des Reichsverkehrsministers soll vom 1. Juni der **Preis für Wochen- und Monatskarten ungeheuerlich erhöht** werden. Die Steigerung soll in einzelnen Fällen bis zu 300% gehen.

Die Versammlung der Finanzdezernenten der größeren deutschen Städte, die am 2. April in Köln tagte, hat nach eingehender Besprechung folgenden Beschluß gefaßt: Durch die vom Reichstage kürzlich verabschiedete Einkommensteuernovelle ist das Recht der Gemeinden auf Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommenteils aufgehoben worden. Nach vielen erheblichen Ausfällen wird hierdurch auf die Gemeinden durch gleichzeitige Aenderung des Einkommensteuertarifes gewirkt. Dadurch ist für manche Gemeinden die Gefahr des finanziellen Zusammenbruches in unmittelbare Nähe gerückt, eine Gefahr, die nur dann noch abgewendet werden kann, wenn die bei der Verabschiedung der Novelle im Reichstage in Aussicht gestellte Entschädigung der Gemeinden für die ihnen erwachsenen Ausfälle mit der allergrößten Beschleunigung verwirklicht werden. Selbstverständlich darf dann aber die Entschädigung nicht auf die Ausfälle beschränkt bleiben, die den Gemeinden durch die Aufhebung des Rechts zur Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommenteiles erwachsen, sondern sie muß auch auf die durch die Aenderung des Einkommensteuertarifes erwachsenen Ausfälle ausgedehnt werden. — Der Vorsitzende der Versammlung wurde beauftragt, diese Entschließung dem Reichstage und den zuständigen Behörden unverzüglich zur Kenntnis zu bringen.

(Steuerabzug vom Lohn.) Der Herr Reichsfinanzminister hat unter dem 27. Januar 1921 verfügt: Verschiedene große Betriebe sind an mich mit dem Antrage herangetreten, an Stelle der bisherigen Steuerkarte mit festen Einlagebogen, die Verwendung von losen Steuerblättern in Form der bisherigen Einlagebogen der Steuerkarte zu gestatten. Die Betriebe begründen ihren Antrag damit, daß ihnen bei Verwendung von losen Steuerblättern erspart würde, eine umständliche Aufbewahrung von Steuerkarten einzurichten und für die dauernde Herausgabe und Wiedereinziehung der Steuerkarten Personal verfügbar zu halten. Ich habe deshalb keine Erinnerung dagegen, daß das Finanzamt auf Antrag für Arbeitgeber, in deren Betrieben die Lohn- oder Gehaltszahlung monatlich oder für einen längeren Zeitraum erfolgt, in stets widerruflicher Weise zuläßt, daß dem Arbeitnehmer bei jeder Lohn- oder Gehaltszahlung ein loses Steuerblatt ausgehändigt wird, in das die dem eingehaltenen Betrag entsprechenden Steuermarken eingeklebt sind. Den Entwurf eines Musters, hergestellt von der Paragon-Kassenblock-Aktiengesellschaft in Berlin-Oberschöneweide, füge ich bei und bemerke, daß mit der genannten Gesellschaft kein Abkommen dahingehend getroffen wurde, daß die losen Steuermarkenblätter nur von ihr bezogen werden können. Der Bezug soll vielmehr dem Arbeitgeber freigestellt sein. Auf Formularen, welche für amtliche Zwecke verwendet werden, darf sich der Aufdruck „Gesetzlich geschützt — Nachdruck verboten" nicht befinden. Das Finanzamt ist berechtigt, Abweichungen von dem Muster zu gestatten, sofern dadurch der Zweck der Bestimmung nicht vereitelt wird. Vor- und Zuname, Stand und Wohnung des Arbeitnehmers, dann Name und Wohnung, des Arbeitgebers müssen auf dem Steuerblatt in jedem Falle enthalten sein. Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß auch bei der Verwendung von losen Steuerblättern die Verpflichtung des Arbeitgebers zum Einkleben und Entwerten der Steuermarken in dem losen Steuerblatt des Arbeitnehmers und zur Eintragung des Wertes der eingeklebten und entwerteten Steuermarken bestehen bleibt. Die Beschaffung der an Stelle der festen Steuerkarte verwendeten losen Steuerblätter obliegt dem Antragsteller auf seine Kosten.

*

Wie verschicke ich eine Ansichtskarte?

Bis vor kurzem war es eine Wissenschaft, sich durch die Menge der Lebensmittelkarten hindurchzufinden, und unsere Hausfrauen hatten es, der Not der Zeit gehorchend, hierin zu einer gewissen Virtuosität gebracht. Nun verlangt die Post, daß sich das Publikum durch das Labyrinth ihres neuen Tarifs hindurchfindet. Allein bei der Ansichtspostkarte sind nicht weniger als sechs verschiedene Gebühren zu berücksichtigen. Wahrele Fehler werden da gemacht werden, wahrele Freundschaften in die Brüche gehen, weil die Empfänger die Annahme der nur gegen Zahlung von Strafporto zu erhaltenden Karten verweigern. Wir geben daher nochmals ein genaues Verzeichnis der beim Ansichtspostkartenversand in Frage kommenden Sätze: 1. Eine Karte, die nur Absender und Absendungstag enthält, kostet beim Versand innerhalb Deutschlands sowie nach Danzig und Memel als Drucksache 10 Pfennig. 2. Eine Karte, die außer dem Absender und dem Absendungstag noch 5 Höflichkeitsworte auf der Vorderseite enthält, kostet im Inland mit Danzig und Memel, Luxemburg, Oesterreich, Ungarn und Westpolen 15 Pfennig. 3. Karten, die mehr als 5 Worte enthalten, kosten im Ortsverkehr 30 Pfennig und 4. nach auswärts 40 Pfennig. 5. Ansichtspostkarten nach dem Auslande kosten als Drucksache 30 Pfennig und 6. als Postkarte 80 Pfennig.

*

Schiebungen eines Molkerei-Direktors.

Die Strafkammer Bautzen verhandelte am 2. April gegen den Molkereidirektor Rudolf Schünemann, der seit 20 Jahren die Genossenschaftsmolkerei in Löbau in Sachsen leitete. Als einfacher Mann kam der Angeklagte aus Mecklenburg. Im August vorigen Jahres wurde er bei der Verschiebung von Butter ertappt und verhaftet. Es wurde ein Vermögen von nahezu 1 Million Mark bei ihm vorgefunden. Die Hauptverhandlung ergab, daß der Angeklagte in den letzten 4 Jahren in größtem Umfange Molkereiprodukte verfälscht, unterschlagen und verschoben hat. Ferner gab er die nichtrationierten Produkte, insbesondere Quark für die Käsefabrikation, nur gegen 100 Prozent Bestechungsgelder an die Kunden der Molkerei ab. Dieserhalb hatte der Verein gegen das Bestechungsunwesen, Sitz Berlin, Strafantrag gestellt und sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen. Der Angeklagte behauptete, daß die Annahme von Schmiergeldern bei den Molkereien üblich sei und bezog sich auf zahlreiche Inserate in der Molkerei-Zeitung. Das Gericht verurteilte Schünemann wegen Nahrungsmittelfälschung, Unterschlagung, passiver Bestechung und Preiswuchers zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren Gefängnis und 80 000 Mk. Geldstrafe und erkannte auf Einziehung von 105 000 Mark Bestechungsgeldern und Veröffentlichung des Urteils in der Molkerei-Zeitung. Der mitangeklagte Quarkhändler Kurt Kinner in Dresden wurde wegen Schleichhandels und aktiver Bestechung zu sechs Wochen Gefängnis und 22 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

*

Hundert Zentner Erbsen und sechs Zentner Schmutz.

Die Beschaffenheit unserer Kriegserbsen wird durch einen am Reichsgericht zum Austrag gekommenen Rechtsstreit unter grelles Schlaglicht gestellt. Dabei handelt es sich zugleich um die kaufmännisch sehr interessante Frage, ob eine ungewollte Irreführung den Rechtscharakter der arglistigen Täuschung dadurch erhält, daß der Verkäufer infolge seiner Handlungsweise mit der Irreführung des Käufers rechnen mußte. Der Kaufmann D. in Dortmund kaufte im März 1915 von einer Firma in Fritzlar 300 Zentner Erbsen. Als er die Erbsen in Abwesenheit des Inhabers der Firma besichtigte, waren ungefähr 100 Zentner der stark verschmutzten Ware ausgemüllert, 200 Zentner waren noch nicht gereinigt. Die Reinigung hatte die Verkäuferin vornehmen lassen, um die Menge des Schmutzes festzustellen und dann diese Gewichtsmenge bei der Zahlung des Kaufpreises an ihren Lieferanten in Abzug zu bringen. Der Käufer nahm an, daß auch die andern 200 Zentner ebenso gereinigt werden würden, ehe sie zur Lieferung an ihn gelangen. Mit dieser Annahme befand er sich jedoch im Irrtum. Denn tatsächlich sind die aus den hundert Zentnern Erbsen ausgemüllerten sechs Zentner Schmutz später wieder unter die Erbsen geschüttet worden. Infolgedessen entstanden zwischen den Parteien Streitigkeiten über den Kaufpreis und den vom Käufer geltend gemachten Schadenersatzanspruch. Landgericht und Oberlandesgericht Kassel haben der Klage soweit stattgegeben, als der Kläger bestreitet, verpflichtet zu sein, den zwischen den Erbsen befindlichen Schmutz mit zu bezahlen. Dagegen sind seine Schadenersatzansprüche wegen arglistiger Täuschung von den Vorinstanzen abgewiesen worden. Das Oberlandesgericht folgert daraus, daß der Kläger die verschmutzten Erbsen gesehen hat, auch seinen Willen, sie in dem unreinen Zustande zu kaufen. Das Reichsgericht hat dieser Auffassung des Oberlandesgerichts nicht beitreten können. Es hat das Urteil des Oberlandesgerichts auf die Revision des Klägers aufgehoben und folgendes ausgeführt: Es wäre zu prüfen gewesen, ob die Beklagte dem Kläger nicht dadurch, daß sie ihm etwa ein Drittel der Ware in schmutzfreier Beschaffenheit vorführte, ein Anerbieten machte, das der Kläger nach Treu und Glauben dahin auffassen durfte, daß ihm nicht nur jener Teil der Ware in gereinigtem Zustand geliefert, sondern daß die Vertragsgegnerin wegen der wünschenswerten Gleichmäßigkeit der Ware auch die übrigen Erbsen von dem ihnen anhaftenden Schmutz befreien lassen und sie so zur Ablieferung bringen wolle. Es wird in dem Urteil des Oberlandesgerichts kein Anhalt dafür geboten, daß der Beweggrund der Ausmüllerung der Erbsen für den Kläger erkennbar gewesen ist. Deshalb muß der ursächliche Zusammenhang zwischen der angeblichen Arglist der Beklagten und dem Schaden des Klägers aufs neue untersucht werden. Zu diesem Zwecke ist die Sache an das Oberlandesgericht zurückverwiesen worden. (Aktenzeichen: III. 296/20. — 14. 1. 21.)

*

(Haltet die Hühner fest!) In dieser Zeit, wo die ersten Arbeiten in Garten und Feld vorgenommen, der erste Samen der Erde anvertraut wird, ergeht erneut an alle Hühnerhalter der dringende Ruf: Haltet die Hühner fest: Es ist sicher kein angenehmes Gefühl, wenn der Gartenbesitzer oder Pächter, der mit Liebe und Sorgfalt seine Beete bestellt hat, sehen muß, wie die frei umherlaufenden Hühner des Nachbars in kurzer Zeit alles aufgewühlt und die mühsame Arbeit vieler Stunden zu nichte machen; man kann es daher wohl verstehen, wenn ein derartiger Gartenbesitzer evtl. zur Selbsthilfe schreitet und Gift auf seinen Garten streut. Es sei auch noch darauf hingewiesen, daß der Hühnerhalter für den Schaden, den seine frei umherlaufenden Tiere anrichten, haftbar gemacht werden kann.

(b) **Heeren-Werve**, 6. April. **Beim Transport eines Baumstammes** im Heerener Forst, der von Pferden fortgeschleift wurde, geriet der Arbeiter Bernhard K. aus Gütersloh derart unglücklich unter diesen, daß ihm beide Beine gequetscht wurden und seine Ueberführung in das Kamener Krankenhaus erfolgen mußte.

Lünen, 6. April. **(Kein Waffenlager.)** Die „Lüner Zeitung" schreibt: Von der Nachricht, daß in einem blinden Schacht bei Lünen ein kommunistisches Waffenlager, enthaltend 6000 Gewehre und 60 000 Schuß Munition entdeckt sei, ist hier an amtlicher Stelle nichts bekannt. Allerdings wurde von einem Spaziergänger im Kappenberger Walde beobachtet, daß an einer einsamen Stelle sechs mit Gewehren bewaffnete Männer aus einem Busch kamen, woraus zu schließen ist, daß sich dort ein geheimes Waffenlager befinden muß. Die sofort aufgenommenen Nachforschungen haben jedoch bisher zu keinem Resultat geführt.

? **Werne**, 6. April. **(Vom eigenen Fuhrwerk überfahren und getötet.)** Der 76jährige Landwirt Crisken fiel vom Pferde und geriet unter sein eigenes Fuhrwerk, wobei er so schwer verletzt wurde, daß er kurz nachher gestorben ist.

g0 **Ahlen**, 5. April. **(Todessturz.)** Der 18jährige aus Oldenburg gebürtige Kaufmannslehrling Franz Beckmann stürzte beim Dekorieren des Schaufensters eines Geschäfts an der Weststraße von der Leiter in den Schaukasten und trug eine schwere Gehirnerschütterung davon. Er wurde dem Krankenhause zugeführt, wo er an den Folgen des Unfalles gestorben ist.

Hagen, 5. April. **Wegen Beleidigung des Regierungspräsidenten König** hatte sich der Chefredakteur des „Westf. Tagebl." Josef Thiebes vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Th. hatte im Anschluß an einen Artikel, der sich mit einer Protestversammlung der Kasseler Bürger gegen die Wahl Oppermanns zum Oberbürgermeister befaßte, geschrieben:

> Man wird der Kasseler Bürgerschaft ihre Entrüstung nachfühlen. Auch die Bevölkerung des großen Regierungsbezirks Arnsberg würde sich, wenn sie gefragt worden wäre, nicht für den sozialistischen Parteisekretär Max König ausgesprochen haben.
>
> Herr König hat übrigens unmittelbar nach seinem Regierungsantritt seinen Schwiegersohn, den ehemaligen Gärtnergehilfen Hansmann, zum Landrat von Hörde gemacht. Hansmann soll ein tüchtiger Mann sein. Wir bezweifeln es nicht; wohl aber, daß er auch als tüchtigste Gärtnergehilfe es jemals zum Landrat gebracht hätte, wenn er eben nicht Schwiegersohn des Herrn Oberpräsidenten wäre.

Wegen dieses Artikels stellte der Minister des Innern Strafantrag. Auf Antrag des Angeklagten Chefredakteurs Thiebes wurden sowohl Regierungspräsident König wie sein Schwiegersohn Landrat Hansmann als auch Oberpräsident Dr. Wuermeling aus Münster als Zeugen geladen. Regierungspräsident König erklärte, daß er seinerseits keinen Einfluß auf die Ernennung seines Schwiegersohnes ausgeübt habe, daß diese vielmehr ohne sein Zutun erfolgt sei. Er betonte, daß ihm daran gelegen sei, eine Klarstellung vor Gericht gegenüber den mannigfachen Pressangriffen beiden zu können, daß er seinen Schwiegersohn nicht zum Landrat gemacht habe. Oberpräsident Wuermeling bekundete, daß der Vorschlag Hansmann von der sozialistischen Partei des Kreises Hörde ausgehe und daß der Minister des Innern ihm diesen Vorschlag zur Prüfung übersandt habe. Er habe die Prüfung durch eigens in den Landkreis entsandten Regierungsassessor vornehmen lassen, um den Regierungspräsidenten König nicht in Verlegenheit zu bringen, und er habe keinen Anhalt dafür, daß Regierungspräsident König in der Angelegenheit einen Einfluß ausgeübt habe. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft ließ auf Grund der Beweisaufnahme selbst die Anklage wegen derselben Beleidigung (wider besseres Wissen) fallen und billigte dem Chefredakteur Thiebes den guten Glauben zu. Es müsse jedoch Verurteilung wegen einfacher Beleidigung erfolgen; er beantragte 300 Mark Geldstrafe. Das Urteil des Gerichts lautete: Nach der Aussage des Regierungspräsidenten König muß es als feststehend betrachtet werden, daß König seinerseits seinen Schwiegersohn nicht zum Landrat gemacht hat. Insofern enthält der Artikel des Westfälischen Tageblatts Unrichtiges. Dem Chefredakteur Thiebes ist aber das Recht zur Wahrung berechtigter Interessen im Sinne des § 193 zuzusprechen, da er als Leiter einer weitverbreiteten Zeitung, als Führer einer großen politischen Partei und als Stadtverordneter wohl Recht darauf hat halten wollen, daß die Maßnahmen des höchsten Verwaltungsbeamten des Regierungsbezirks lediglich nach sachlichen Gesichtspunkten erfolgen. Eine persönliche Beleidigung des Regierungspräsidenten König liegt dem Angeklagten in dem allgemein gehaltenen Artikel offenbar fernge legen; auch geht aus seinem Verhalten vor Gericht hervor, daß er den politischen Kampf in dieser Sache auf durchaus anständige Weise hat führen wollen. Eine Bestrafung ist daher nicht am Platze. Der Angeklagte wird kostenlos freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens werden der Staatskasse auferlegt.

Bochum, 5. April. **Ueber die Betriebsratswahlen im Ruhrrevier** liegt das Ergebnis von 66 Schächten vor. Von 690 gewählten Betriebsrätemitgliedern gehören 377 den freien Gewerkschaften an, 108 dem christlichen Bergarbeiterverein, 23 der polnischen Berufsvereinigung, 2 dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsverein, 135 der freien Arbeiterunion, 31 der Syndikalisten und 14 den vereinigten kommunistischen Parteien an.

? **Borken**, 4. April. **(Die Milchwirtschaft.)** Einige beachtenswerte Zahlen über die abgelieferte Milchmenge enthält der Jahresbericht der Zentral-Molkerei Borken. Während im Jahre 1914 noch 7 451 939 Liter Milch abgeliefert wurden, sank diese Zahl in den folgenden Jahren andauernd, bis sie im Jahre 1920 den tiefsten Stand von 3 976 579 Liter erreichte. Im Jahre 1914 konnten in das Industriegebiet noch 3 413 127 Liter, im Jahre 1920 jedoch nur 1 718 542 Liter versandt werden. Man sieht daraus, daß das Industriegebiet im vergangenen Jahre nur 50 Prozent des im Jahre 1914 gelieferten Milchquantums erhalten hat.

(bu) **Essen**, 5. April. **Das Essener Schwurgericht** beschäftigte sich in einer Verhandlung mit einem gefährlichen Abenteuer, das sich um vorigen Herbst in Dorsten zwei Polizeibeamte

---

Der stille See.

Roman von H. Courts-Mahler.

Nachdruck verboten.

26. Fortsetzung.

So ging der Winter vorüber. Im Frühjahr gab es für Hans Rochus viel Arbeit. Das junge Paar war nun öfter allein, als in den ersten Monaten seiner Ehe. Meist saßen sie sich aber stumm gegenüber bei den Mahlzeiten. Zuweilen erzählte Hans Rochus von seinem Schaffen und Wirken, das ihn sehr befriedigte. Dann hörte Ruth aufmerksam und freundlich zu.

Ihr Vater kam jede Woche heraus. Auch die Generalin und Hilde machten zuweilen einen Ausflug nach Rochsberg. Hans Rochus' frühere Kameraden sprachen häufig vor gelegentlich eines Spazierritts, oder sie verlebten einmal einen dienstfreien Nachmittag in dem gastfreien Schloß. Ruth war gegen alle gleich freundlich und machte die Honneurs in durchaus tadelloser Weise.

Ihr Wesen hatte jedoch seit ihrer Verheiratung etwas Träumerisches, Versonnenes angenommen. War Hans Rochus nicht zu Hause, dann trieb sie eine seltsame Unrast durch die weiten Räume des Schlosses. Sah sie ihn dann auf seinem Lieblingspferd „Ramiro" von den Feldern her oder aus dem Walde heimkehren, dann stand sie regungslos hinter den Gardinen verborgen, bis er abgestiegen war. Sobald er auf das Haus zukam, setzte sie sich dann scheinbar gleichmütig mit einer Handarbeit an das Fenster. So fand er sie meistens.

Der Mai war mit allem Blütenzauber ins Land gezogen. Im Rochsberger Park standen die Bäume wie mit zartgrünen Schleiern bedeckt, und die Birken dufteten mit dem frischen Erdgeruch um die Wette.

Ruth war viel im Freien. Sie empfand diesen Frühling auf dem Lande als etwas Köstliches. Schon am frühen Morgen machte sie weite Spaziergänge. Meistens allein, denn Hans Rochus nahm es ernst mit der Arbeit und war stark beschäftigt.

So begleitete er sie selten, zumal sie wünschte, daß er sich in keiner Weise durch sie stören ließ. Eines Morgens, als er früher als sonst vom Felde heimkehrte und auf dem weichen Waldboden im Schritt geritten kam, sah er Ruth an einen Baum gelehnt stehen. Sie hatte sein Herankommen nicht gemerkt.

Unwillkürlich hielt er sein Pferd an und betrachtete sie erstaunt. Sie sah so anders aus als sonst. Ein träumerisches Lächeln umspielte ihren Mund, und die Augen waren groß und klar aufgeschlagen.

Es fiel ihm auf, daß sie blühender und frischer aussah, als früher. Mit heimlichem Wohlgefallen glitt sein Blick über die anmutige Gestalt. Zum erstenmal bemerkte er, daß Ruth sehr schön und lieblich aussehen konnte. Diese lächelnden, halb geöffneten Lippen, den Ausdruck der voll aufgeschlagenen Augen, das lauschende Entzücken, das sich in diesen Augen wiederspiegelte — es war ihm alles so neu und fremd an ihr. Sie schien dem Gesang der Vögel zuzuhören. Er konnte den Blick nicht von ihr wenden. Eine heimliche Unruhe bemächtigte sich seiner. Warum sah sie nie so aus, wenn er bei ihr war? Weshalb zeigte sie ihm immer das gleichgültige, verschleierte Gesicht, selbst dann, wenn er versuchte, freundlich oder gar zärtlich zu ihr zu sein. Im Gegenteil, je zärtlicher er wurde, um so kälter und starrer wurde der Ausdruck ihres Gesichtes.

Wieder versuchte er das Rätsel ihres Wesens zu ergründen. Barg sich doch etwas hinter diesem äußerlichen Gleichmut, das sie vor ihm verstecken wollte? Und warum tat sie es dann? Ramiro machte eine hastige Bewegung. Da wurde Ruth auf ihn aufmerksam. Er sah, daß sie leise zusammenschrak. Das Lächeln verschwand, die Augen verschleierten sich und das spontane Erröten, welches er schon so gut an ihr kannte und für einen rein körperlichen Vorgang hielt, erschien in ihrem Gesicht.

Sie ging auf ihn zu, mit einer graziösen Bewegung das schleppende weiße Gewand emporraffend.

„Du kommst heute zeitig zurück", sagte sie ruhig.

„Ja, ich wurde früher fertig."

Sie trat dicht an das Pferd heran und klopfte es sanft auf den Hals, während er abstieg.

„Ein schönes Tier, dein Ramiro."

„Ja, er ist sich dessen auch bewußt. Sieh nur, wie stolz er den Kopf hebt."

„Schöne Pferde sind ein herrlicher Anblick. Ich liebe sie sehr."

„Möchtest du nicht reiten lernen, Ruth? Dein Vater hat unseren Stall so vorzüglich komplettiert, es findet sich gewiß ein gutes Damenpferd darunter."

Sie sah scheu zu ihm auf.

„Nein — ich bin zu ängstlich. Dazu fehlt es mir an Courage."

„Das überwindest du."

„Nein, sicher nicht."

„Schade, du würdest sehr gut zu Pferde aussehen. Meine Mutter war auch eine vorzügliche Reiterin."

„Wie du mir erzähltest, ist sie auf dem Lande aufgewachsen. Da lernt man frühzeitig mit Tieren umzugehen."

„Vielleicht lernst du es auch noch. Wie gefällt es dir eigentlich in Rochsberg?"

„Wunderschön. Der Frühling ist mir noch nie so herrlich erschienen."

Hans Rochus sah mit leuchtenden Augen um sich und atmete tief auf.

„Nicht wahr, meine Heimat ist schön. Wenn ich jetzt manchmal daran denke, daß ich sie hätte aufgeben müssen — Ruth — wenn ich dir doch meine Dankbarkeit beweisen könnte."

Er faßte bewegt ihre Hand und zog sie an seine Lippen. Sie entzog sie ihm hastig.

„Nicht — sprich nicht davon — du bist mir keinen Dank schuldig", stieß sie hervor, und auf ihrer Stirn erschienen schmerzliche Falten.

Das war es ja, was sie am meisten quälte. Er glaubte ihr Dank schuldig zu sein, und alle seine Bemühungen um sie waren nichts als das Bestreben, ihr diesen Dank zu bezeugen. Scheu wehrte sie sich deshalb gegen jeden warmen, herzlichen Ton, den er ihr gegenüber anschlug. Ihr war dann immer zu Mute, als habe sie sich das alles erschlichen. Seine Güte ihr gegenüber würde sich sofort in das Gegenteil verwandeln, wenn er wüßte, weshalb sie seine Frau geworden war.

Stumm schritten sie neben einander her. Ramiro folgte, von Hans Rochus am Zügel geführt, hier und da an einem Blättchen oder einer Baumrinde nagend. So kamen sie bis zur breiten Kastanienallee. Durch die Bäume hindurch man auf der einen Seite einen herrlichen Ausblick über das Tal. Der schmale, langgestreckte See bildete die Mitte des Talkessels. Am fernen Ufern lag das Dorf Rochsberg mit seiner hübschen Kirche und den schmucken Häusern.

Viele Residenzler benutzten das Dorf als Sommerfrische. Das brachte Wohlstand unter die Bauern. Einige spekulative Köpfe hatten sich hübsche, villenähnliche Häuser bauen lassen nach dem Walde zu. Das gab eine malerische Wirkung. Ein großer, sauberer Gasthof war auch vorhanden mit schattigem Garten, einer Kegelbahn und sogar einem Tennisplatz. Dieser Gasthof wurde auch an schönen Wintermorgen stark frequentiert. Er lag dicht an der Bahnstation. Ruth sah voll stiller Freude auf das reizende Tal.

„Welch ein schönes Landschaftsbild!" sagte sie halblaut.

Er sah sie an und suchte nach dem Ausdruck von vorhin in ihrem Gesicht, ohne ihn zu finden.

(Fortsetzung folgt.)

erlebten. Die Dorstener Polizei fahndete auf zwei gemeingefährliche Verbrecher, die wegen eines Einbruchsdiebstahls verfolgt wurden. Es war der Korbmacher Heinrich Möller aus Marl, ein verwegener Bursche, der zu den berüchtigsten Einbrechern des Ruhrkohlenreviers gehört, und der Bergmann Karl Ackermann aus Hamborn. Am Abend des 31. Oktober vor. Js. beobachteten die Polizeiwachtmeister Schlecking und Tüllmann die beiden Einbrecher auf der Bochumer Straße in Dorsten und nahmen sie fest. Sie waren kaum 20 Schritt mit ihren Häftlingen gegangen, als Möller blitzschnell einen Revolver zog und auf den ihn begleitenden Wachtmeister Tüllmann feuerte. Die Kugel durchschlug dem Beamten die Kinnlade. Der Beamte brach schwerverletzt zusammen. Nunmehr griff auch der zweite Verbrecher Ackermann zum Revolver und gab Schüsse auf den Polizeibeamten Schlecking ab, um auch diesen unschädlich zu machen. Die Schüsse gingen fehl, aber den beiden Häftlingen gelang es, sich frei zu machen. Beide schossen nun aus 7 Meter Entfernung nochmals auf Schlecking, der das Feuer erwiderte und den Ackermann durch den Oberschenkel schoß. Der Häftling wurde dadurch unschädlich gemacht und konnte wieder festgenommen werden. Seine Waffe, eine Armeepistole, warf er nach seiner Verwundung fort. Sie enthielt noch 7 Patronen. Dem zweiten Gefangenen Möller aber war es gelungen, die Flucht zu ergreifen. Er hat bislang nicht mehr aufgegriffen werden können. Möller wird wegen verschiedener Einbruchsdiebstähle und Raubtaten steckbrieflich verfolgt. Der Bergmann Ackermann hatte sich nun unter der Anklage des versuchten Mordes vor dem Schwurgericht zu verantworten. Der Angeklagte bestreitet, die Absicht gehabt zu haben, den Polizeiwachtmeister Schlecking zu töten, und behauptet, seine Waffe sei versehentlich losgegangen. Die Geschworenen verneinen die Frage nach versuchtem Mord und sprachen den Angeklagten nur schuldig des Widerstandes gegen die Staatsgewalt und des verbotenen Waffentragens. Demgemäß erkennt das Schwurgericht auf eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren.

** **Mülheim**, 5. April. **Bei der Wahl zum Betriebsrat** der Maschinenfabrik Thyssen, Mülheim-Ruhr, erhielt die Liste der christlichen Arbeiter 5 Sitze im Arbeiterrat, die sozialdemokratische Gewerkschaft 8 Sitze, die kommunistische Arbeiter-Union 3 Sitze, die Syndikalisten 6 Sitze. Im Angestelltenpersonal erhielten die Anhänger der christlich-nationalen Richtung 2 Sitze, die sozialistische Richtung Afa 6 Sitze. Die Hirsch-Duncker erhielten keinen Sitz.

„" **Duisburg**, 5. April. **Für die weltliche Schule** waren hier von 40 000 Schülern 1675 angemeldet worden. Wegen dieser geringen Beteiligung hat die Stadtdeputation den Antrag auf Errichtung einer religionslosen Schule abgelehnt.

** **Köln**, 5. April. **Die Herrenschneider** sind hier in den Ausstand getreten. Seit Freitag ruht die Arbeit. Als Ursache des Streiks wird von dem Gehilfenverband angegeben, daß es nicht möglich gewesen sei, mit dem Arbeitgeberverband der Zwangsinnung zu einem Lohnabschluß zu gelangen, der die Gehilfen befriedigt. Die Arbeitgeber boten als letztes einen Stundenlohn von 6 bis 6,80 Mk.

** **Köln**, 30. März. **Ein Theatergeräteverleiher** stand der Cologne Post zufolge unter der Anklage vor dem Kölner Besatzungsgericht, etwa 90 Schwerter und Stichwaffen verordnungswidrig zu besitzen. Im vergangenen Sommer waren über die Waffen schon Erhebungen angestellt. Mit einer Liste, die jetzt wegen der Zugänge durch Rückgabe nicht mehr stimmt, war dem Verleiher damals erlaubt worden, die Waffen zu behalten. Der Angeklagte erklärte in der Verhandlung, wenn er sich schuldig gemacht habe, so träfe das auch auf alle anderen Kölner Theatergeräteverleiher und das Opernhaus zu. Der Vorsitzende erwiderte ihm, daß man damit in diesem Augenblick nichts zu tun habe. Ein Sachverständiger sagte, daß gegen den Besitz der Schwerter nichts einzuwenden sei, daß dagegen der Besitz der militärischen Seitengewehre, gegen die erlassenen Bestimmungen verstießen. Der Angeklagte wurde zu 2000 Mark Geldstrafe oder zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die neuzeitlichen militärischen Waffen wurden beschlagnahmt, die Theaterschwerter wurden zurückgegeben.

Weltkriegsvorbereitungen der Entente.

Enthüllungen aus russischen Dokumenten.

Die „New York American" beginnt mit den angekündigten Veröffentlichungen aus russischen Geheimarchiven, die in die Hände der Bolschewisten fielen. Die britische Regierung hatte ihren Petersburger Botschafter Buchanan mit dem Ankauf der Dokumente beauftragt und 2,5 Millionen dafür bezahlt. Abschriften oder Restbestände sind aber in die Hände der amerikanischen Zeitung gelangt. Die Dokumente enthalten laut der „Deutschen Allg. Ztg." u. a. eine Darstellung der Mission Haldanes im Jahre 1912 in Berlin. Darin ist bemerkenswert, daß Rußland sowohl durch Haldane selbst, als auch über London — durch Vermittlung der beiden Brüder Cambon und durch Sir Edward Grey direkt — auf dem Laufenden gehalten wurde. Die russische und französische Botschaft erhielten sogar die Abschrift eines Memorandums, das Grey an den deutschen Botschafter Metternich übergab. (15. März 1912.) Das amerikanische Blatt kommt zu dem Schluß, daß das Verhalten Haldanes in Berlin von Anfang an bewußt unaufrichtig war. Der erkennbare Zweck war: Hinhalten, vorläufige Beruhigung Deutschlands. Die dank dem Durchbohrten Deutschlands in der Flottennovellenfrage erheblich verbesserten deutsch-englischen Beziehungen nach dem Haldane-Besuch zu beunruhigten, wie sich aus weiteren Dokumenten ergibt, für Herrn Sasonow. Im besonderen war es eine verhängnisvolle Rede des Großadmirals von Tirpitz im Reichstage im Februar 1913, die den russischen Außenminister befürchten ließ, daß die Rußland erwünschte deutsch-englische Spannung wieder behoben werden könnte. Auch Frankreich zeigte starke Besorgnisse. Die folgenden Dokumente erzählen dann, wie im Mai 1912 Grey und Cambon gemeinsam dem russischen Botschafter Abschriften der bekannten „unverbindlichen militärischen Vereinbarungen" vom 22. November 1912 zwischen England und Frankreich für den Fall eines „unprovozierten Angriffs" aushändigten und wie im Anschluß daran Grey darauf drängte, daß nunmehr auch ähnliche Abreden über gemeinsames maritim-strategisches Verhalten zwischen Rußland und England abgeschlossen werden sollten. Am 26. Mai 1914 wurden diese Verabredungen zwischen englischen und russischen Seeoffizieren unter Teilnahme französischer getätigt. Das amerikanische Blatt bemerkt hierzu: „Die Experten taten also, was hinsichtlich Belgiens schon geschehen war. Sie machten die Pläne für einen Krieg gegen Deutschland zu Papier."

Der Text des englisch-russischen Marineabkommens lautet auszugsweise so: „Vom 13. bis 26. Mai 1914 fand bei dem Chef of Naval Staff eine Beratung zu dem Zwecke statt, Meinungen über eine Konvention auszutauschen, wo die etwa Kooperation englischer und russischer Seestreitkräfte, falls kriegerische Operationen vereinbart, zwischen Rußland und England unter Teilnahme Frankreichs stattfinden sollten."

Es folgen dann Einzelheiten über die Maßnahmen auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen. England hält verständiges Zusammenarbeiten der Stäbe und Nachrichtenaustausch für sehr wünschenswert. Grey hat bekanntlich später das Bestehen einer englisch-russischen Marinekonvention, von der Deutschland Kenntnis erhalten hatte, amtlich bestritten. Das amerikanische Blatt bemerkt hierzu: Greys Versicherungen an die deutsche Regierung waren ein Akt der Falschheit. Als der Krieg schließlich ausbrach, unterhielt Sir Edward Grey die Welt mit der Feststellung, daß er bis zum letzten Moment nicht gewußt habe, was Frankreich tun werde, wenn Deutschland die Neutralität Belgiens verletzen sollte. Er „wußte", dieses nicht, obwohl die militärischen und maritimen Sachverständigen zusammen mit französischen und belgischen Offizieren genaue Feststellungen über die belgischen Verteidigungsmittel und alle örtlichen Verhältnisse angestellt hatten.

Der „New York American" stellt weitere Veröffentlichungen in Aussicht, in denen die eigentlichen Kriegsgründe belegt werden sollen: 1. Rußland wünscht den Balkan zu teilen und zu annektieren; 2. die Türkei sollte geteilt und annektiert werden; 3. Persien war geteilt, konnte aber nicht annektiert werden, da Deutschland Einspruch erhob; 4. der ferne Osten hatte die Habsucht der Großmächte erregt; 5. Rußland wollte Konstantinopel und die Meerengen haben; 6. es schien Rußland, Frankreich und England geboten, Deutschland und Oesterreich voneinander zu trennen.

Stürmische Magistratssitzung in Hannover.

In den städtischen Kollegien kam es Donnerstag der enormen Erhöhung der Gewerbesteuer und der Hannoverschen Wirtschaftsgemeinschaft wegen, die von der Stadtsteher-Kollegiums erhalten hat und nun vor Zahlungsschwierigkeiten steht, zu stürmischen Auseinandersetzungen. Gegen die starke Erhöhung der Gewerbesteuer veranstalteten die Gewerbetreibenden eine Massendemonstration vor dem Rathaus mit dem Erfolg, daß die Beratung der Steuerordnung ausgesetzt und eine Prüfung durch Sachverständige der beteiligten Gewerbetreibenden zugesagt wurde. Bei der Hannoverschen Wirtschaftsgemeinschaft handelt es sich darum, ob die Stadt zur Vermeidung des Konkurses rund 3 Millionen von ihren Forderungen auflassen soll.

In der Debatte führte der frühere Oberbürgermeister von Hannover Tramm aus: Dieser Gegenstand sei der dunkelste Punkt, der jemals in der stadthannoverschen Verwaltung vorgekommen ist. Er sei der Ueberzeugung, daß die Steuervorlage nur dazu dienen sollte, diese Schulden mit zu decken. Man wolle ein großes Steuerplus herauswirtschaften, um die Schulden der Hawigeh beseitigen zu können. Das Institut, das zunächst mit einem Bankkredit von 500 000 Mark arbeitete, hat sich unter Verwendung städtischer Millionen ausgewachsen, um die Bevölkerung nach sozialistischen Ideen und Theorien zu beglücken. Wenn die Herren, die dafür verantwortlich sind, dieses Defizit tragen sollten, würden sie wohl von ihren Ideen geheilt sein. Die Bürgermeister Dr. Weber und Leinert liehen der Hawigeh 30 Millionen Mark städtischer Gelder, von denen Hannover 15 Millionen Mark verloren werde. Die Herren haben das Volk beglücken wollen, aber sie haben keine Ahnung von wirtschaftlichen Dingen gehabt. Man wundert sich über die kindliche Naivität, für Millionen mehr zu kaufen, als verkauft wurde. Jeder Geschäftsmann hat da gefehlt. Wenn wir heute die drei Millionen bewilligen, so stehen wir bei der nächsten Bilanz auf acht Millionen Defizit, die wir wieder bewilligen müssen, um den Konkurs zu vermeiden.

Die Mehrheitssozialisten hatten einen Antrag eingebracht, der besagt: 1. Die Stadtgemeinde möge das Warenlager der Hawigeh für die 30 Millionen Mark städtischen Guthabens an die Städtische Beschaffungsstelle übertragen. 2. Die Revisionskommission wird als Verwaltungsausschuß bestellt. Dieser Ausschuß hat die Vollmacht, bestmöglichst die Vorräte zu veräußern.

Bv. Tramm: Wenn dieser Antrag zur Debatte gestellt wird, beantrage ich Aussetzung der Verhandlung, denn es soll mit diesem Antrag das Odium der weiteren Entwickelung den städtischen Kollegien aufgehalst werden. — Bv. Pieper begründet dann die Stellung der demokratischen Fraktion, die in der Beurteilung der Vorgänge geinig ist, die Vorlage aber nur nach der einen Frage beurteilt, was den größeren Schaden bedeute. Deshalb stimme sie dem Antrage des Magistrats zu, wolle aber schonungsloses Vorgehen gegen alle Unregelmäßigkeiten ohne Ansehen der Person. — Senator Grote erklärt namens einiger Magistratsmitglieder: Wir haben im Magistrat unsere Zustimmung nicht gegeben, denn wir sind offiziell damit nicht befaßt worden. — Bv. Katz: Die Herren haben für die Hawigeh-Geschäfte Mündelgelder verbraucht. Mit den drei Millionen Mark können wir den Konkurs nicht abwenden. Die Herren haben deshalb vor dem Konkurs eine heillose Angst, weil dann die ganzen Zustände an das Tageslicht kämen. Vor einigen Wochen habe die Hawigeh für 800 000 Mark Anzüge nach Polen geliefert. Er beantrage, daß straf- und zivilrechtlich gegen die Verschuldner dieser Wirtschaft vorgegangen wird. — Bv. Küster (B. M.): Die Bilanz, die die 3 Mill. Fehlbetrag aufstellt, ist unrichtig. Kein Mitglied der Kommission hat die Stückzahl festgestellt. Ich behaupte, daß 30 Prozent der amerikanischen Wäsche Lumpen sind, daß in den Kartons Stücke fehlen. Ein unbefangener Schätzer darf mit der Hawigeh keine Geschäfte gemacht haben. Das ist aber geschehen. Die Konfektion ist von einem Herrn geschätzt, der krank war. Um diese Millionenwerte zu schätzen, sind ihm einige Stücke ins Haus geschickt worden. Danach sind die Werte festgelegt. Die Motoren sind zu einem so hohen Werte eingesetzt, zu dem sie überhaupt nicht abgesetzt werden können. Man hat mindestens mit einer Unterbilanz von 8 bis 9 Millionen Mark ohne Berücksichtigung der zerlumpten Waren zu rechnen. — Oberbürgermeister Leinert bedauert, daß Personen beschuldigt würden, ohne daß der Nachwerts erbracht würde. Herr Küster hat die Dinge falsch dargestellt. Es haben in den Lagern Zählungen stattgefunden. Was die Leute über die Geschäftsführung sagen, gehe ihn, den Oberbürgermeister, gar nichts an. (Zuruf: Sie sind doch Vorsitzender des Aufsichtsrats!) Nicht gezählt wurde nur die amerikanische Wäsche.

Der Antrag des Magistrats, die 3 Mill. Mark Defizit der Hawigeh vom städtischen Guthaben zu streichen, wird gegen die Stimmen der Bürgerlichen Mitte, der Deutsch-Hannoveraner, des Zentrums, des Demokraten Rohde und der Kommunisten angenommen.

Ein Antrag: Die Magistratsvorlage soll keine nachträgliche Genehmigung für die Ausgabe städtischer Gelder sein und auch kein Verzicht auf etwaige Regreßansprüche, sondern lediglich den Konkurs abwenden, wird mit 42 gegen 41 Stimmen angenommen.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde der erste Teil von den Antragstellern gestrichen, der zweite Teil, der von der Uebertragung von Verwaltungsrechten auf die Revisionskommission spricht, mit 44 Stimmen der Linken gegen 43 Stimmen der Rechten angenommen, im Magistrat aber abgelehnt.

Die sozialistischen Konferenzen in Amsterdam.

In Amsterdam tagten in der vorigen Woche Vorstandskonferenzen der 2. sozialistischen Internationale und der Gewerkschaftsinternationale. Beide Konferenzen sind Freitag zu Ende gegangen. Die deutschen Gewerkschaftler sind mit dem Verlaufe der Verhandlungen zufrieden und erkennen an, daß die Neigung zum Ausgleich auf allen Seiten gestiegen sei. Die deutschen Vorschläge hätten einen guten Eindruck hervorgerufen und man habe beschlossen, dafür zu wirken, daß künftige Anerbote der deutschen Regierung an Frankreich einen größeren Widerhall finden. Auch die Teilnehmer an der Konferenz der 2. Internationale erkennen an, daß man ihnen entgegengekommen sei. Die Belgier — dieselben belgischen Sozialisten, die in ihrem Parlament den „Sanktionen" zugestimmt haben, ohne mit der Wimper zu zucken — sollen sich besonders vermittelnd und entgegenkommend gezeigt haben. In einer Entschließung wird die Exportabgabe abgelehnt. Dagegen soll die Entente in einem noch zu bestimmenden Verhältnis an dem steigenden Wohlstande Deutschlands beteiligt werden. Am Wiederaufbau sollen auch die neutralen Staaten teilnehmen, wie auch durch die Gewährung von Anleihen der Wiederaufbau der nächsten fünf Jahre finanziell gesichert werden soll. Lieferung von deutschen Waren dürfe unter Mitwirkung der beteiligten Gewerkschaften nur in einem Umfange erfolgen, der die Gefahr der Arbeitslosigkeit ausschließe.

Wo stecken die Kommunisten-Führer?

Die Antwort gibt uns eine gutunterrichtete Zeitung, „Die Rote Fahne", sie schreibt: „Dr. Kurt Geyer ist in Moskau; Otto Braß ist auf dem Wege nach Rußland, ebenso Wilhelm Koenen. Bei Wilhelm Koenen ist es beinahe selbstverständlich, daß er nie in Mitteldeutschland ist, wenn dort die Situation sich zuspitzt, er ist der bewährte Führer des revolutionären mitteldeutschen Proletariats. Fritz Heckert, Führer des Chemnitzer Proletariats und Mitglied der Zentrale, ist Koenens Begleiter auf dem Wege nach Rußland. Adolf Hoffmann hat sich von seinem Arzt die Notwendigkeit einer mehrwöchentlichen Erholungskur anraten lassen. Levi hat sich nach dem Ausland, zum Unterschied von den anderen, nicht nach dem Norden, sondern nach dem Süden, begeben. Von Däumig, der während des Kapp-Putsches die Berliner Arbeiterschaft mit aller Energie von törichten Putschversuchen abgeraten hat, ist in dieser Situation nicht mehr zu sehen und zu hören."

Weitere Nachrichten.

— **(Der deutsche Außenminister in Italien.)** Der deutsche Minister des Auswärtigen Dr. Simons, der seit einigen Tagen in Breno im Magliasmatal bei einer deutschen Familie weilt, erklärte einem Vertreter des Corriere del Ticino, daß er während seiner kurzen Ferien aus Gesundheitsrücksichten im Tessin weilt und daß alle Gerüchte, wonach sein Aufenthalt einem politischen Zwecke diene, jeder Grundlage entbehren.

— **(Stinnes wirtschaftlicher Einfluß in Oesterreich.)** Nach Blättermeldungen sind die Verhandlungen zwischen steiermärkischen Industriellen und Hugo Stinnes über den Ausbau der auf steiermärkischem Gebiet gelegenen Enns-Wasserkräfte so gut wie abgeschlossen. Stinnes wird die Enns-Wasserkräfte ausbauen. Vor einigen Monaten hat Stinnes große Erwerbungen auf dem Gebiete der elektrischen Wasserkraft-Industrie in Bayern gemacht. Sein Einfluß in den Betrieben des großen Bayernwerkes ist nach diesen Erwerbungen ausschlaggebend geworden. Es kommt noch hinzu, daß er sich durch die Verhandlungen in Steiermark in den Mittelpunkt der Versorgung Deutsch-Oesterreichs mit elektrischer Kraft stellt. Wenn das Werk ausgebaut ist, ist die gesamte süddeutsche Industrie vom Rhein bis zur Leitha in Bezug auf die Kraft-Lieferung zum größten Teil von Stinnes abhängig.

— **(Der Rückzug der Griechen.)** Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel wird der allgemeine Rückzug der griechischen Armee auf die Linie Brussa bestätigt. Die Türken verfolgen energisch.

— **Rauchverbot im Berliner Rathaus.** In den Diensträumen des Berliner Magistrats hat das Tabakrauchen der dort beschäftigten Beamten in letzter Zeit einen derartigen Umfang angenommen, daß hierüber vielfach Beschwerden aus der Bevölkerung laut geworden sind. Im Hinblick darauf hat sich jetzt Oberbürgermeister Boeß veranlaßt gesehen, das Tabakrauchen zunächst in den Diensträumen und den Beamten zu untersagen, die während ihrer Dienststunden mit dem Publikum im Verkehr stehen.

— **Raubüberfall am Berliner Reichstagsufer.** Am hellichten Tage wurde in der Nähe des Reichstages ein Raubüberfall verübt, dem die 52jährige Händlerin Anna Schmidt zum Opfer gefallen ist. Die Ueberfallene, die mit ihrem Bruder ein Geschäft betreibt, befand sich auf dem Wege zu einer Kohlenfirma am Reichstagsufer, um dort eine Lieferung in Höhe von 65 000 Mark zu bezahlen. Als sie die Ecke des Reichstagsufers und der Sommerstraße erreicht hatte, griff ihr plötzlich ein junger Mensch an das Handgelenk und hielt sie fest. Zugleich versetzte ihr ein zweiter Mann, den sie zunächst nicht gesehen hatte, einen Schlag auf den Rücken, der die Lungengegend traf und so heftig war, daß ihr auf einen Augenblick der Atem ausging. Die Ueberfallene konnte sich jetzt nicht mehr zur Wehr setzen. Als sie sich wieder erholt hatte, sah sie die Räuber mit der Aktentasche, in der sich das Geld befand, in der Richtung nach dem Tiergarten davonlaufen.

— **Die Einarmschule geschlossen.** Am 1. April hat die im August 1915 in Hannover von den fünf Freimaurerlogen gegründete Einarmschule die Tore geschlossen. Rund 575 Kriegsverletzte sind unterrichtlich vorbereitet für einen neuen Beruf oder ertüchtigt zur Weiterführung des Alten. Die Schule stand in hohem Ansehen bei den Behörden und war ein Muster für die Gründung ähnlicher Anstalten in der Provinz. Sie stand mit an erster Stelle unter allen Einarmschulen Deutschlands.

— **Sprengstoffunde in Breslau.** Der Breslauer Polizei gelang es verborgen gehaltene Sprengstoffe zu ermitteln und zu beschlagnahmen. Durch einen Zufall gelangte sie in den Besitz von Schriftstücken, auf Grund deren sie eine große Anzahl von Personen verhaftete. Bisher sind ungefähr 56 Personen festgenommen worden, darunter 10 aus der Provinz.

— **Wieder ein Mord in Hannover.** Auf einem Seitenweg der Herrenhäuserstraße in Hannover wurde eine männliche Leiche aufgefunden. Die Ermittelungen ergaben, daß vermutlich ein Raubmord vorliegt. Am Kopf des etwa 27 bis 30 Jahre alten Toten zeigten sich zwei Einschußwunden, und zwar eine an der linken Halsseite, die andere hinter dem linken Ohr. Die Ausschüsse waren etwa in derselben Höhe an der rechten Seite wahrzunehmen. Bei der noch unbekannten Leiche wurde nur eine wertlose Damenuhr gefunden. Aus diesem Umstande muß geschlossen werden, daß der Täter sein Opfer ausgeplündert hat.

— **Sundhausen in Flammen.** Das 600 Einwohner zählende Dorf Sundhausen im Amt Donaueschingen steht seit gestern mittag in Flammen. Der Brand ist durch spielende Kinder verursacht worden. Infolge Wassermangels war die Bekämpfung des Brandes recht schwierig. Abgebrannt sind mehr als 30 Häuser, das Rathaus, das Schulgebäude und ein größeres Gasthaus. Viele Bewohner sind obdachlos. Menschenleben scheinen nicht zu beklagen zu sein.

— **Millionenunterschlagungen bei der Braunschweigischen Landschaftskasse.** Wie das B. T. aus Braunschweig meldet, ist nach Unterschlagungen und Fälschungen in Höhe von einer halben Million Mark der bei der Braunschweigischen Landeskasse beschäftigte Kassierer Meinecke geflüchtet.

— **Aufruhr in der Strafanstalt Strickhausen i. O.** Blättermeldungen aus Strickhausen in Oldenburg zufolge, gelang es 20 Schwerverbrechern der Strafanstalt Wiesmoor den Aufseher zu überwältigen und zu flüchten. 9 konnten bereits wieder ergriffen werden.

In Halle kehrt Ruhe und Ordnung wieder.

TU **Halle a. S.**, 5. April. Gestern nahm die Schutzpolizei eine gründliche Säuberung des Geländes um den Petersberg vor, um die noch zweifelhaften Elemente und versteckten Waffen ausfindig zu machen. Wie das Kommando der Schupo mitteilt, ist damit zu rechnen, daß in den nächsten Tagen der gewohnte Zustand der Ruhe und Ordnung eintreten wird. Für die Sicherheitspolizeimannschaften, denen es gelungen ist, den Aufstand in Mitteldeutschland niederzuwerfen, wurden an verschiedenen Stellen der Stadt Sammelstellen für Geldspenden errichtet. Der Regierungskommissar hat von gestern ab eine Milderung des Belagerungszustandes im Stadtbezirk angeordnet.

Prinz Andries von Griechenland gefallen?

(TU) **London**, 5. April. Wie die **Times** aus Konstantinopel berichten, soll Prinz Andries, der Bruder des Königs von Griechenland, in der Gegend von Brussa verwundet worden und später seinen Wunden erlegen sein. Außerdem soll General Biakopulus gefallen sein. Von anderer Seite werden diese Gerüchte bisher nicht bestätigt.

Kleine Nachrichten.

Die serbische Gesandtschaft übergab namens der serbischen Regierung eine Note, worin versichert wird, daß die Berichte über kriegerische Vorbereitungen in Serbien gegen Griechenland unwahr sind.

Die Rheinlandskommission hat keine Einwendungen dagegen erhoben, daß das Reichsgesetz vom 11. März 1921 zur Entlastung der Gerichte am 1. 4. in Kraft tritt.

Für gestern ist auf den gesamten Zechen bei Saarbrücken eine weitere Feierschicht (die 11. in diesem Jahre) von der französischen Werksbehörde angeordnet worden.

In Frankfurt-Main sind die Transportarbeiter am Sonnabend in den Streik getreten. Gestern versuchte eine Anzahl Streikender gewaltsam die Auslieferung an der Post zu verhindern. Verschiedenen Leuten wurden die Pakete entrissen und der Inhalt auf die Straße gestreut.

Sport.

Dortmund, 5. April. Das Rennen am 3. April hatte folgende Resultate: 1. Rennen: Wert 16 000 Mark, Distanz 1300 Meter. 1. Narew, 2. Lucretia, 3. Mitropa. Tot.: Sieg: 22 : 10, Platz: 13, 20, 18 : 10. — Ferner liefen: Wichard, St. Pauli, Eisblume, Sanitas, Toni, Berno, Schlagsahne und Elk. — 2. Rennen: Wert 16 000 Mark, Distanz 3200 Meter. 1. Gewerke, 2. Wasservogel, 3. Annemarie. Tot.: Sieg: 32 : 10, Platz: 16, 51, 24 : 10. — Ferner liefen: Iral-Arabi, Liesl, Hyperbel, Pera, Trottel, Waldrun, Dirmuiden, Retter, Bernina, Applaus und Cilly. — 3. Rennen: Wert 29 000 Mark, Distanz 1400 Meter. 1. Zwirn, 2. Rosenbusch, 3. Baldur. Tot.: Sieg: 277 : 10, Platz: 24, 12, 18 : 10. Ferner liefen: Colombine, Mercantil, Armin, Wellenschaum, Toisen, Charlotte II, Wasserratte und Ochrida. — 4. Rennen: Wert 24 000 Mark, Distanz 3500 Meter. 1. Ladislaus, 2. Duckling, 3. Wulfhard. Tot.: Sieg: 62 : 10, Platz: 29, 14, 18 : 10. Ferner liefen: Tanis Aurelia, Holda, Friedenstaube und Nipi. — 5. Rennen: Wert 16 000 Mark, Distanz 1000 Meter. 1. Peter, 2. Esmeralda, 3. Tradition. Tot.: Sieg: 135 : 10. Ferner liefen: Eierbecher, Ortolan, Hasdrubal, Gebinge, Jacquin, Mein Leopold, Serenade, Parma, Tarock. — 6. Rennen: Wert 20 000 Mark, Distanz 3000 Meter. 1. Rumplertaube II, 2. Landsknecht. Tot.: Sieg: 43 : 10, Platz: 15, 13 : 10. Ferner liefen: Flitting Light (gest.), Lotosblume (gest.), Swinemünde (ausgefpr.). — 7. Rennen: Wert 16 000 Mark, Distanz 2800 Meter. 1. Treue, 2. Luise, 3. Neutral. Tot.: Sieg: 74 : 10, Platz 21, 14, 40 : 10. Ferner liefen: Na-Na, Appely, Champagne, Berber, Spottvogel.

Briefkasten.

W. W. 12. Maßgebend sind die Bestimmungen des Mietvertrages. Sind durch diesen dem Mieter gewisse Verpflichtungen, z. B. Beteiligung an der Treppenreinigung, auferlegt worden, so muß der Mieter selbstverständlich diesen vertraglichen Verpflichtungen nachkommen. Ist kein schriftlicher Vertrag geschlossen, wohnt also der Mieter auf Grund eines mündlichen Vertrages und ist bei der Besprechung über Höhe, Zahlung der Miete 2c. die Treppenreinigung nicht erwähnt worden, so hat der Mieter keine Verpflichtung, sich daran zu beteiligen. Man kann aber auch von einem Ortsgebrauch sprechen. Ist es doch allgemein üblich, daß Vermieter und Mieter die Reinigung von Flur und Treppen gemeinschaftlich nach einem bestimmten Turnus vornehmen, so würden Sie den Mieter zu dieser Arbeit heranziehen können.

Wir liefern diese echten

Einrichtungen

guter Qualität zu billigen Preisen.

Küchen	Schlafzimmer	Speisezimmer	Herrenzimmer
naturlackiert, Bufett, Anrichte, Tisch, 2 Stühle	gestrichen u. echt Eichen, zwei- und dreittürig	prachtvolle Formen, Qualitätsware, teilweise innen Mahagoni, bestehend aus Bufett, Kredenz, Ausziehtisch und echten Lederstühlen von	bestehend aus Bücherschrank, Schreibtisch, Schreibsessel, Tisch und 2 Lederstühlen von
1950 bis 4500	3300 bis 12000	5500 bis 25000	5500 bis 12750

Ferner empfehle ich 1 Waggon **Chaiselongues** in erstklassiger Ausführung, Reklamepreis **585,-** Mark.

1445

Möbelhaus W. Hagemeier jr., Kamen—Unna.

Schneiders Wein- und Likörstuben

am Bahnhof.
Haltestelle der Strassenbahn Unna und Werne.

Renoviert und mit allem Komfort ausgestattet.
Angen. Aufenthalt, auch für Gesellschaften.
Gute Weine und Liköre.
Mokka und Bohnenkaffee.
Vorzügl. Torten und erstkl. Gebäck.

Neu eingetroffen: 1654

Eine Ladung Mais à Zentner Mk. **148.-**

Ia. Speck mager . à Pfund Mk. **10.75**

Joh. Hüsten, Weststr. 22.

Reinigen Färben
Umpressen
von Herren- u. Damenhüten, Stroh u. Filz
schnell und sehr billig.
E. Wette, Kamen,
Bahnhofstrasse 55. 1136

Saatkartoffeln

frühe: **Juli-Nieren, Oval-Blaue,**
halbfrühe: **Eldorado,** 1648
späte: **gelbfleischige Industrie**
eingetroffen und empfiehlt
Engelbert Goselwitz
Oststraße 27. Telephon 149.

Kukirol
beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Millionenfach bewährt. Schachtel M 1.-
Hornhaut, Schwielen u. Warzen.
In Apotheken u. Drogerien erhältlich.
Germania-Drogerie H. Jacobi. 531

Fr. Brinkmann
begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags
von 9 bis 6 Uhr. 77

Karl Gössmann,

Tabakfabrikate - Großhandlung,
Weststr. 18 **Kamen** Telehpon 297.

Ich verkaufe

Restposten Zigaretten

nur bekannte Marken mit Gold- und ohne Mundstück ohne Preisaufdruck

weit unter Fabrikpreis

Für Wirte, Kantinen u. Händler besonders günstige Gelegenheit, noch

vor Erhöhung der Zigaretten-Steuer

billig einzukaufen. 1655

Für die
Einkommen-Steuereinschätzung
empfiehlt leichtfaßliche
Anleitungen u. Ratgeber
sowie die Gesetztextbücher
mit Kommentaren, die
Buchhandlung der Kamener Zeitung
in Kamen.

Bürodame

aus guter Familie (Maschinenschreiben und Stenographie bew.) für Fabrikbüro gesucht.
Angeb. mit Zeugnisabschr. und Bild erbeten unter **1647** an die Geschäftsstelle.

Anzeigen aller Art
inseriert man erfolgreich in der
Kamener Zeitung.

2 ordentliche junge Leute erhalten
Kost u. Logis
in der Nähe der Zeche Grimberg. 1661
Zu erfr. in der Geschäftsst.

Ein noch gut erhaltenes
Herren-Fahrrad
mit Freilauf steht preisw. zum Verkauf. p1660
Näh. bei Scholz, Bergkamen, Landwehrstr. 224.

Habe einige 1657
Läufer-Schweine
abzugeben.
Weddinghofen Nr. 13.

Schäferhund
wachsam und scharf, 6 Monate alt, zu verkaufen. 1637
Oberaden 100 b.

Zwei
Schlacht-Ziegen
zu verkaufen. 1649
Weddinghofen 80 a.

Eine deutsche 1651
Schäferhündin
(Wolfsrauh), auf den Namen „Cäsar" hörend, am Freitag, den 1. April,
entlaufen.
Wiederbringer erhält Belohnung.
Abzugb. **Hammerstr. 193.**

Wer ein
Haus, Kotten, Grundstück, Bauplatz
und dergl. zu kaufen oder zu verkaufen sucht, wird es durch eine kleine Anzeige in der Kamener Zeitung erreichen.
Ausserordentlich zahlreich sind die Angebote, welche auf eine solche Anzeige stets eingehen.

Metallbetten
Stahldrahtmatr., Kinderbetten Polster an Jedermann. Katal. f. Eisenmöbelfab rik. Suhl i. Thür

„Ich war am ganzen Leibe mit
Flechten
behaftet, welche mich durch das ewige Jucken Tag u. Nacht peinigten. In 14 Tagen hat Zucker's Patent-Medizinal-Seife das Übel beseitigt. Diese Seife ist Hunderte wert. Serg. M." Dazu Zuckooh-Creme (nicht fettend u. fetthaltig). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

1 Milchschaf
welches zum drittenmal gelammt hat, ist zu verkaufen, **eventuell mit Wolle.** 1645
Zu erfr. in der Gesch. dieser Zeitung.

Hygienische Artikel:
Frauendouchen, Irrigatoren, Gummiwaren 2c., Verbandsstoffe, Sauger, 1650
Kindernährmittel, 2c.
empfiehlt
Willy Klinkmann
Löwen-Drogerie
Westfstraße 1.

Grammophon
fast neu, mit 25 Platten zu verkauf. p1617
Wo, sagt die Gesch.

Herrenanzug
Marengo mit gestreifter Hose für 850 Mk. zu verkaufen. p1653
E. Simon,
Methler.

Ein ostfriesisches Milchschaf
zu verkaufen. 1619
Wo sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ein Zentner schweres
Schwein
zum Schlachten od. Weiterfüttern zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg. 1658

Eine hochtragende
Schweizer Ziege
zu verkaufen. 1644
Westick, Weststr. 22.

Eine hochtragende
Ziege
zu verkaufen. p1659
Bergkamen, Hindenburgst. 202.

Wolfsspitz
auf den Namen „Wolf" hörend, abhanden gekommen. Wiederbringer erhält Belohnung. 1656
Frau Carl Schulze-Bergcamen
Bergkamen,
Hohenzollernstraße.

Männer, die im Leben stehen.

Die vereinigten deutschen Reeder wollen für 15 Milliarden Mark dem Deutschen Reiche eine neue Handelsflotte anstelle der uns im Kriege in fremden Häfen genommenen und nach dem Kriege abverlangten Fahrzeuge schaffen. Was das bedeutet, zeigen die folgenden Zahlen: England hatte 1914: 19 256 765 Tonnen, 1920: 19 330 424 Tonnen; Frankreich 1914: 2 315 438, 1920: 5 225 194 Tonnen; Deutschland 1914: 5 459 298, 1920: 672 671 Tonnen; Japan 1914: 1 708 386, 1920: 2 995 875 Tonnen; Vereinigte Staaten von Nordamerika: 1914: 5 368 194, 1920: 16 049 289 Tonnen. Deutschland hat also einen gewaltigen Verlust an Schiffstonnage erlitten, während die Ententemächte durch Aneignung deutscher Schiffe und Neubauten einen Zuwachs gewonnen haben. Kolossal ist das amerikanische Plus, das auf Neubauten während des Krieges und nach demselben zurückzuführen ist. Die Engländer sehen jetzt, welcher gefährliche Konkurrent ihnen in den Vereinigten Staaten erwachsen ist. Augenblicklich überschreitet die Zahl der vorhandenen Handelsschiffe fast den durch die Absatzstockungen verringerten Bedarf. Die Folge davon ist, daß die Schiffsfrachten zurückgegangen sind. Die deutsche Stellung ist angesichts dieser Verhältnisse nicht leicht. Aber die deutschen Reeder sind Männer, die mitten im Leben stehen, die die reichsten Erfahrungen haben, und die darauf bauen, daß sie der gestellten Aufgabe gerecht zu werden vermögen.

Wir sehen, daß hier ein großartiges Unternehmen eingeleitet wird, das sich nicht auf praktisches Können stützt, und es überkommt uns ein Bedauern, daß wir schon so viel Zeit mit Konferenzen und Beschlüssen verloren haben, ohne daß dabei Taten herausgekommen wären. Was bei dem riesenhaften Werk des neuen Schiffsbaues möglich ist, zu dem doch alle Industrien herangezogen werden müssen, das muß sich auch auf anderen Gebieten noch besser erreichen lassen, wenn die Sache nur entschlossenen Händen übergeben wird und das Reich sich ganz und gar nicht hineinmischt. Wenn Streit entsteht, so weiß jeder im voraus, das Reich gibt schließlich nach. Darum müssen nicht die Männer vom grünen Tisch zu leiten haben, sondern ausschließlich solche, die fest im Leben stehen. Dann wird es auch etwas Großes und Ganzes werden.

Liegt denn etwas näher, als den Bau von Kleinwohnungen einer Anzahl von bekannten und bewährten Fachmännern gegen eine feste Pauschalsumme zu übergeben? Man sollte meinen, es gäbe nichts einfacheres, als diesen Weg einzuschlagen, um endlich zu positiven Leistungen zu kommen. Es ist selbstverständlich, daß diese Bauherren die volle Ellbogenfreiheit für die Bauzeit haben müssen, und am besten wäre es, ihnen auch die geschäftliche Ausnützung der fertigen Häuser zu überlassen. Die Behörden bringen einen ganzen Berg von Schwierigkeiten zusammen, die dem Fachmann unter den Händen zerrinnen. Zwei Jahre bauen wir nun schon mit Worten, und was dabei herauskommen ist, das weiß alle Welt. Lassen wir nun einmal den Theoretiker von seinen Reden ab und den Mann, der mitten im Leben steht, zu Taten kommen. Es wird schon etwas werden, und zwar billiger, als bisher ausgerechnet worden ist. Wir können beinahe wetten, daß wir dabei die geplante Wertssteuer sparen können. H. L.

Die Milliarde.

WB. WB. Bis zum 31. März sollte Deutschland eine Milliarde Goldmark zahlen, so forderte es in einer Note vom 13. März die Reparationskommission und berief sich dabei auf den Friedensvertrag, der uns verpflichtet, bis zum 1. Mai dieses Jahres 20 Milliarden Goldmark zu entrichten. Bekanntlich steht die deutsche Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß diese 20 Milliarden durch die deutschen „Vorleistungen" bereits abgegolten sind, während nach der Auffassung der Verbandmächte noch 12 Milliarden ausstehen. Der Zweck der so kurz-befristeten Emilliardenforderung sei hier nur angedeutet: Deutschland solle sich außerstande zeigen, in wenigen Tagen die Milliarde aufzubringen, damit ihm die Berufung auf den Friedensvertrag gründlich verleidet werde. Die Reichsregierung hat die Zahlung der Milliarde abgelehnt.

Aber von allen politischen Erwägungen einmal abgesehen, ist die Forderung selbst ebenso wie ihre (gewollte) Unerfüllbarkeit geeignet, zum ersten Mal nach langen Jahren dem deutschen Volke wieder klar zu machen was — eine Milliarde bedeutet. Die Verbandvölker, die in ihren Zeitungen von hunderten von Milliarden lesen, wissen es längst nicht mehr; und selbst in Deutschland hat man es vergessen. — Welche Eigentumsmengen entsprechen dem Wert einer Milliarde? Nicht nur Franzosen werden beim Anblick der zerstörten Gebiete glauben, daß alles selbst mit dem Aufwand „ungezählter Milliarden" nicht wieder herzustellen. Wer diesen Eindruck hat, überschätzt vielleicht nicht den Umfang der Zerstörung, aber er unterschätzt die Milliarde.

Mit einer Milliarde Gold (bei Berechnung nach Vorkriegszeiten) kann man 20 mittlere Städte von durchschnittlich 40 000 bis 50 000 Einwohner vollständig aufbauen. Mit einer Milliarde kaufte man in Deutschland 6000 bis 10 000 Quadratkilometer Land — eine Fläche, fast halb so groß wie die des gesamten „zerstörten Gebietes". Die reiche Zweimillionengemeinde Berlin hatte vor dem Kriege einen Grundstückswert von etwa 4 Milliarden Mark. Eine Milliarde war im wohlhabenden Deutschland der letzten Vorkriegsjahre der Gesamtbesitz von durchschnittlich einer Viertelmillion Menschen, also der Wert einer Großstadt, nicht nur mit allem, was an geldwerten Gegenständen in ihr enthalten ist, sondern auch mit allem auswärtigen Besitz und allen Vermögensrechten ihrer Einwohner. Für eine Milliarde kaufte man (ohne Berücksichtigung des Zolles) 6—7 Mill. To. Getreide, d. h. genug, um ganz Deutschland ein halbes Jahr zu ernähren. Für eine Milliarde erhielt man 90 bis 100 Millionen Tonnen Steinkohlen, das bedeutet die Hälfte der gesamten deutschen Erzeugung im letzten Friedensjahr. 4 Milliarden gemünztes Gold gab es in Deutschland; höchstens 40 Milliarden in Goldmünzen oder Barren sind auf der ganzen Erde vorhanden.